für die Waffenstillstandsbedingungen. Niemand hat das Recht, den Frieden aufzuhalten. Der Gewalt des Siegers stelle ich das ewige Recht des deutschen Volkes gegenüber auf Leben und Fortentwicklung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar. Nach harter Prüfung ist das neue Deutschland ehrlich und fest entschlossen, den Friedensweg zu gehen.

Die Russen im Anmarsch auf Kowno. Zu der Lage im Osten teilt die Oberste Heeresleitung folgendes mit: Die vorderste Linie der freiwilligen Baltischen Landeswehr verläuft von Popeljany nach Altau. Die Bahnstrecke ist bei Popeljany unterbrochen. Ein russischer Kommissar kündete die Besetzung des Bahnhofes Zodle, 45 Kilometer östlich Kowno, durch stärkere russische Kräfte an, die im Vormarsch auf Kowno begriffen seien.

Der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland ist, wie der Vorsitzende der französischen Kommission in Spaa in der Sitzung der Gefangenenkommission vom 14. Januar mitteilte, im großen und ganzen als beendet anzusehen. Die Sitzungen der Gefangenenkommissionen könnten somit ausfallen.

Die Beschlagnahme der Bankguthaben der Zechen? Der Bergwerksverein in Essen hat an den Volksbeauftragten Ebert folgendes Telegramm gerichtet: Wie wir hören, will sich der vom Arbeiter- und Soldatenrat ernannte Volkskommissar zur Sozialisierung der Bergwerke vom Arbeiter- und Soldatenrat die Vollmacht geben lassen, über die Bankguthaben der Zechen zu verfügen. Aus diesem Telegramm geht hervor, daß sich die Lage im Bergwerksrevier weiter zugespitzt hat.

In der Sitzung des Zentralrates wurden die Verhandlungen der Berliner Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und dem Groß-Berliner Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands fortgesetzt. Die Vertreter der Unabhängigen hatten die Absetzung der Volksbeauftragten und die Ersetzung durch weniger stark kompromittierte Persönlichkeiten verlangt. Aus der Mitte des Zentralrats wurde zunächst gefordert, daß man sich auf bestimmte Forderungen einige, die u. a. der Regierung die Pflicht auferlegen, mit allen Mitteln die Wahlen zur Nationalversammlung vor jeder Störung zu bewahren. Zu diesem Zwecke sei die Entwaffnung der Zivilbevölkerung schleunigst durchzuführen. Die Vertreter der Unabhängigen erklärten sich damit einverstanden, waren jedoch gegen die schleunige Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Sie lehnten es auch ab, zur Zeit in die Regierung einzutreten.

Eine Kundgebung der französischen Sozialisten. Nach Pariser Meldungen hat der sozialistische Verband am Sonntag eine Versammlung zur Förderung einer schnellen Demobilmachung einberufen. Im Gegensatz zu mehreren Deputierten erklärte der Deputierte Loval, daß eine schnelle Demobilmachung durch das Fehlen einer Klausel im Waffenstillstandsvertrage betreffend die Demobilmachung Deutschlands unmöglich sei. Die Rede Lovals wurde durch Zwischenrufe der Zuhörer unterbrochen: Es lebe die Internationale! Es lebe das Rußland der Sowjets!

Die internationale sozialistische Konferenz. Agence Havas meldet aus Paris: Artur Henderson beriet sich während des ganzen Dienstag morgen mit Haysmann und verständigte sich mit ihm über alle Punkte, die der internationalen sozialistischen Konferenz vorgelegt werden sollen. Als Henderson über die Haltung, die er auf der Konferenz einzunehmen gedenke, ausgefragt wurde, erklärte er, daß man die Deutschen und alle anderen Feinde zur Konferenz zulassen werde. Diese werde voraussichtlich in Bern stattfinden. Man habe zuerst eine einzige Konferenz gemäß dem Vorschlag Gompers vorgesehen. Doch werde es infolge der Tatsache, daß sich die amerikanischen Trade-Unions jeder Politik enthalten, zu zwei von einander getrennter und neben einander laufenden Konferenzen kommen; die eine sei korporativ und gewerkschaftlich, die andere sozialistisch. Henderson bemerkte des Weiteren, er müsse sich gegenwärtig mit Albert Thomas, Vandervelde und Jouhaux über zahlreiche Ziele der Konferenz besprechen, deren hauptsächliche seien Abrüstung und Einführung des allgemeinen Rechtes auf freie Arbeit.

Die Großherzogin Adelheit von Luxemburg dankte ab. Ihre Schwester Charlotte ist Großherzogin und leistete vor einer Abordnung der Kammer am 15. d. M. den Eid auf die Verfassung.

Karl Liebknecht in Bentheim? Die „Tija" meldet von der deutsch-holländischen Grenze, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sich unter falschem Namen in Bentheim aufhalten sollen. Beide wollten nach den Niederlanden flüchten, wurden jedoch dadurch aufgehalten, daß sie nicht im Besitz der nötigen Pässe waren.

Regierungsvertreter in Kattowitz. Wie der „Lokal-Anz." meldet, begaben sich der preußische Ministerpräsident Hirsch und das Mitglied der Reichsregierung Landsberg gestern abend zu Verhandlungen nach Kattowitz in Oberschlesien.

Das Zentrum Berlins ist von starken Truppenkontingenten der Regierung besetzt worden, die den Stadtteil von den Spartakisten säubern und nach versteckten Waffen suchen sollen.

Mitau ist vorgestern von den deutschen Truppen und der baltischen Landeswehr geräumt worden.

Keine internationale Kontrolle über die Rohstoffe? Reuter meldet aus London: „Morningpost" meldet aus Paris: Die Alliierten haben nicht die Absicht, die Regierungskontrolle über die Industrien in den verschiedenen Ländern weiterhin durchführen zu lassen. Sie haben auch beschlossen, keine internationale Kontrolle über die Rohstoffe auszuüben.

Gegen seine Besetzung mit Kontrollkommissionen durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Essen hat der Bergbauverein beim Volksbeauftragten Ebert Einspruch erhoben.

Streik beim rheinisch-westfälischen Wasserwerk. Vorgestern mittag 12 Uhr traten sämtliche Arbeiter und Handwerker des rheinisch-westfälischen Wasserwerkes wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand. Ein Vermittelungsvorschlag von 14 bis 16 ℳ Lohn seitens des Direktoriums wurde kategorisch abgelehnt. Gestern morgen um 10 Uhr wollten Mitglieder des Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrates über die Beilegung des Streiks verhandeln. Durch den Ausstand sind die Bezirke Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Essen-Borbeck, Sterkrade, Osterfeld, Bottrop, Gladbeck usw. ohne Wasser. Auf den Zechen und sonstigen Industrieanlagen macht sich diese Gewaltmaßnahme empfindlich geltend.

Die Straßenbahnangestellten in Frankfurt a. M. traten in den Ausstand. Der gesamte Betrieb ruht.

Die Tschechen haben die bayrische Grenze unmittelbar vor dem bayrischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Rufweite voneinander entfernt, und zwar längs des gesamten böhmisch-bayrischen Grenzgebietes.

Keine amerikanischen Lebensmittel in Darmstadt. Pressemeldungen zufolge sollten in Darmstadt vor einiger Zeit 15 Waggons amerikanische Lebensmittel eingetroffen sein. Nach amtlichen Feststellungen ist diese Nachricht völlig unzutreffend. Es handelt sich um ein Gerücht, welches dadurch entstanden ist, daß amerikanische Lastautos aus früheren Gefangenenlagern in Darmstadt Sachen für alliierte Truppen eingelagert haben.

Die Unruhen in Argentinien. Dem „Allg. Handelsbl." zufolge erfährt die „Times" aus Buenos Ayres, daß die bolschewistischen Einflüsse bei den soeben beendeten Unruhen durch die Verhaftung von Pedrowald, der sich selbst zum Präsidenten der argentinischen Sowjetregierung ernannt hatte, jetzt endgültig festgestellt ist. Die öffentliche Meinung fordert gesetzliche Maßregeln, um eine Wiederholung dieser Gefahr zu verhindern und den Kredit Argentiniens wiederherzustellen.

Der Oberste Kriegsrat in Paris beschloß, daß Deutschland dafür, daß die Alliierten es mit Lebensmitteln versehen, alle Handelsschiffe in deutschen oder neutralen Häfen für den Transport von Vorräten übergeben müsse ohne Rücksicht darauf, wohin diese Transporte kommen oder für welche Länder sie bestimmt sind. Eine Belegung der deutschen Häfen ist nicht beabsichtigt.

Amerika und die Milderung der Hungersnot. Reuter meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz zur Milderung der Hungersnot mit großer Mehrheit angenommen. Man erwartet, daß auch der Senat das Gesetz bald annehmen werde.

Generalstreik in Callao und Lima. In Callao begann ein Generalstreik, an dem über 30 000 Arbeiter beteiligt sind. Die Angestellten der Baumwollspinnereien in Lima sind in einen Sympathiestreik getreten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Ende der Z. E. G. Am 1. Januar sind alle die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande bearbeitenden Warenabteilungen der Z. E. G. von den Geschäftsabteilungen der für die inländische Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen übernommen worden, die also nunmehr alle die Lebensmitteleinfuhr betreffenden Fragen zu bearbeiten haben. Damit hat die aktive Tätigkeit der Z. E. G. aufgehört, und ihrer Zentralverwaltung verbleibt nur noch die Aufgabe, die Abwicklung der noch schwebenden Verbindlichkeiten herbeizuführen. Gegenüber den in letzter Zeit wieder lautgewordenen Angriffen gegen die Z. E. G. ist zu bemerken, daß eine gerechte Beurteilung ihrer Tätigkeit erst dann möglich sein wird, wenn der Zeitpunkt herannaht, zu welchem über die ihre Geschäftsführung rechtfertigenden Maßnahmen völlige Klarheit herbeigeführt werden kann. Ein kurzer Bericht über die Gesamttätigkeit der Z. E. G. befindet sich in Vorbereitung, der nach Fertigstellung zur Veröffentlichung gelangen wird.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 16. Januar 1919.

—* **Fischversorgung.** Der hiesigen Fischhandlung Bürger wird von der Kriegs-Seefischereigesellschaft in Hamburg mitgeteilt, daß ihre Zufuhren in frischen Seefischen noch nie so klein waren wie gerade in letzter Zeit. Zeitungsmeldungen, die von größeren Zufuhren berichteten, seien unzutreffend. Das hiesige Publikum irre sich daher, wenn es annehme, daß Fische vorhanden seien, aber nur nicht ausgegeben würden.

—* **Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen.** In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Marketenderware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Kriegsgesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Uebernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgesetzte Dienststelle zu wenden.

—* **Die Post am Wahltage.** Wie das Amtsblatt des Reichspostamtes bekanntgibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst, als auch am Tage der Ermittelung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten solange in Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittelungstag folgenden Tage, solange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

—* **Teuerungsbeihilfen.** Für die Zeit vom 1. Januar 1919 ab sind die aus der Staatskasse zu zahlenden laufenden Teuerungsbeihilfen für Beamte, Geistliche und Lehrer im Ruhestand und für die Hinterbliebenen von Beamten, Geistlichen und Lehrern erhöht worden. Gleichzeitig ist der Kreis der Empfänger dieser Teuerungsbeihilfen wesentlich erweitert worden, sodaß nunmehr auch die im Ruhestand befindlichen verheirateten und ihnen gleichgestellten Beamten, Geistlichen und Lehrer mit eigenem Hausstand bis zu einem Gesamteinkommen von 9000 Mark, die unverheirateten und diesen gleichgestellten ohne eigenem Hausstand bis zu einem Gesamteinkommen von 6000 Mark, sowie die Witwen von Beamten, Geistlichen und Lehrern bis zu einem Gesamteinkommen von 6000 Mark bezw. 4000 Mark (Witwen ohne eigenen Hausstand), beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen laufende Teuerungsbeihilfen erhalten können. Die Erhöhung der bereits bewilligten laufenden Teuerungsbeihilfen wird ohne besonderen Antrag von amtswegen vorgenommen. Nur die Beamten, Geistlichen und Lehrer und deren Hinterbliebenen, denen für die Zeit vom 1. Januar 1919 durch die Erweiterung des Kreises der Empfänger eine laufende Teuerungsbeihilfe neu zusteht, haben die Gewährung der Teuerungsbeihilfe zu beantragen und zwar durch Ausfüllung eines Antragzettels bei der Pensionszahlstelle, bei der sie ihre Ruhegelder erheben. Die Auszahlung der erhöhten und der neu zu bewilligenden Beträge kann bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen nur allmählich erfolgen. Um unnötige Anfragen bei den Zahlstellen zu vermeiden, wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlungen erst erfolgen können, nachdem jedem einzelnen Empfangsberechtigten von der Zahlstelle eine entsprechende Benachrichtigung zugegangen ist.

— **Bezirkswohnkommissare für Sachsen.** Der Bürgermeister Dr. Kühn hat in der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung in Bischofswerda mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen ein Gesetz zu erwarten ist, das für die Amtshauptmannschaften und Städte mit revidierter Städteordnung Bezirkswohnkommissare vorsieht. Ihnen werden weitgehende Befugnisse eingeräumt, u. a. das Recht der Enteignung.

* **Dresden.** Wie die Telegraphen-Union zuverlässig aus Bautzen erfährt, beabsichtigt der wendische Nationalausschuß für Sonnabend, den 18. Januar den Erlaß einer Proklamation, in welcher die Errichtung eines selbständigen Lausitzer-Wendenstaates verkündigt wird. Die Wendenrepublik soll sich erstrecken von Sagan in Schlesien bis Dresden. Als Präsident dieser Republik ist, wie wir weiter erfahren, der Bautzener Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Herrmann in Aussicht genommen.

Dresden. In geistiger Umnachtung versuchte der pensionierte Kirchendiener Adolf Pfeiffer seine Ehefrau und seine 19jährige Tochter durch Schläge mit einem Beil zu töten, wobei beide schwer verletzt wurden. Pfeiffer schnitt sich dann mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Die beiden schwerverletzten Frauen wurden nach dem Krankenhaus gebracht und dürften mit dem Leben davonkommen.

Brabschütz bei Colsebaude. Bewaffnete Einbrecher drangen in der Nacht zum 14. Januar hier in das Pöschelsche Gut ein und entführten eine Kuh aus dem Stall. Durch die Unruhe des Viehes aus dem Schlafe geweckt, sah P. gerade noch, wie die Kuh hinter dem Gute über die Felder getrieben wurde. Sofort wurde die Verfolgung der Einbrecher aufgenommen. Die Diebe feuerten hierbei mehrere Schüsse auf ihre Verfolger ab, schossen aber fehl und mußten ihre Beute im Stich lassen. Sie entkamen unerkannt.

Leipzig. Zwei englische Offiziere als Abgeordnete der alliierten Regierungen haben die Ernährungslage unserer Stadt einer Prüfung unterzogen. Die Kommission hat sich eingehend über die an die hiesige Bevölkerung zur Verteilung gelangenden Mengen und Arten der Lebensmittel sowie über das hier eingeführte Verteilungssystem unterrichtet, das als unbedingt zuverlässig bezeichnet worden ist und sich durch die ihr unterbreiteten Unterlagen, insbesondere an der Hand der starken Sterblichkeitsziffern sowie bei Besichtigung mehrerer Massenspeiseanstalten, davon überzeugt, daß bei dem höchst ungünstigen Stand unserer Ernährung schleunigst Lieferung von Lebensmitteln, insbesondere von Fettstoffen, dringend geboten ist. — Die Arbeiterschaft der Engelsdorfer Eisenbahnwerkstätten, die mit dem neuen Lohntarif nicht zufrieden ist, sondern die unbedingte Annahme ihrer ursprünglichen, noch über den neuen Tarif weit hinausgehenden Forderungen verlangt, ist, ohne erst weiter mit der Verwaltung zu verhandeln, in den Streik getreten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. Januar 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X **Berlin.** Wie in verschiedenen Abendblättern übereinstimmend gemeldet wird, gelang es gestern in später Abendstunde, Karl Liebknecht in der Wohnung eines seiner Freunde in der Mannheimer Straße zu verhaften. Zwei Mann von der Garde-Schützendivision fanden ihn dort, nahmen ihn fest und brachten ihn zunächst in das Stabsquartier im Ebenhotel. Er wurde unter stärkster Bedeckung in einem Auto an einen sicheren Ort gebracht, über den zur Zeit laut „Lokalanzeiger" Stillschweigen bewahrt wird. Bald nachdem das Auto verschwunden war, wurde auch Rosa Luxemburg im Ebenhotel eingeliefert. — Wie die „Vossische Zeitung" berichtet, wurde gestern Nachmittag der Volksbeauftragte im Auswärtigen Amt, Kautsky, unter der Beschuldigung der Verbindung mit Rosa Luxemburg verhaftet, aber nach kurzem Verhör sofort wieder freigelassen. — Die Besetzung des nordwestlichen Stadtteils Berlins durch ein beträchtliches Truppenaufgebot, hat, wie das „Berliner Tageblatt" schreibt, schon gestern gute Erfolge gezeitigt. Der Anmarsch von fünf Divisionen und die Einteilung Berlins in Sicherheitsbezirke wirkten in erheblichem Grade beruhigend. — Der Streik der Berliner Hochbahnangestellten wurde beendet. Der Betrieb wurde heute in vollem Umfange wieder aufgenommen. — Der Stadtbahnverkehr ruht immer noch. Die Wiederaufnahme des Betriebes zwischen Charlottenburg und Schlesischen Bahnhof läßt sich auch nicht annähernd in Aussicht stellen. Dem „Lokalanzeiger" zufolge handelt es sich hierbei nicht um eine noch bestehende Betriebsunsicherheit infolge der früheren Spartakusbesetzung des Schlesischen Bahnhofes, Grund der Verkehrseinstellung ist vielmehr der Mangel an Lokomotiven infolge der Abgabe an die Feinde.

Liebknecht und Rosa Luxemburg getötet?

Berlin, 16. Januar. Bestimmt auftretende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht verhaftete Dr. Karl Liebknecht sei bei einem Fluchtversuche im Tiergarten am Neuen See erschossen worden. Auch Rosa Luxemburg soll während ihres Abtransportes aus dem Eden-Hotel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und getötet worden sein. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor.

Graf Brockdorff-Rantzau über sein Programm.

)(**Berlin.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Graf Brockdorff-Rantzau empfing vorgestern mittag Vertreter der Presse und machte ihnen u. a. folgende Mitteilungen: Der Gedanke des Völkerbundes wurde von uns mit all dem Idealismus aufgenommen, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Mit all diesem Idealismus stehen wir auch heute hinter ihm. Daß in einer solchen Welt, deren Zusammenleben sich auf ganz anderen Grundsätzen aufbauen wird, als sie bisher in der Sprache, den Methoden und den Gedankengängen der Politik üblich waren, kein Platz ist für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bedarf keiner Erwähnung. Ebenso ist es selbstverständlich, daß dieses Prinzip in dem gleichen Maße jedem Volke zu Gute kommen muß. Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch die kleinlichen Mittel, durch Intrigen und Vorzimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden beliebte. Ebenso wenig dürfte er gefördert werden, dadurch, daß wir versuchen, wie einzelne Preßorgane, die die alten Zeiten immer noch nicht verschwunden glauben, es vorschlagen, Verwirrung in die Reihen unserer Gegner zu bringen. Wenn wir diese Gegner erst uneinig machen müßten, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß schließlich doch nur das Gute in der Welt von Bestand ist, dann könnten wir ja von vornherein bei ihnen nicht das voraussetzen, was das dringendste Erfordernis für die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedeutet: die sittliche Ueberzeugung. Diese zu wecken ist unsere Aufgabe und hierzu, meine Herren, bedarf ich Ihrer Unterstützung. Wir brauchen hierzu einen Resonanzboden im deutschen Volk, das sich freigemacht hat von einem überlebten System und nunmehr der ganzen Welt die Freiheit wünscht, die es sich innerhalb seiner Grenzen zu schaffen im Begriff ist. Auf zertrümmerten Geigen konnte auch ein Sarasate nicht spielen. So muß denn das deutsche Volk wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine neue Politik für das deutsche Volk. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Ausland, eine Politik, die den echten von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Aber man wird uns fragen: Wen führt Ihr in diesen Völkerbund? Dann müssen wir sagen können: Wir bringen ein einiges Volk, das den Frieden in der Welt will und das gesonnen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.

Eisner über den Ausfall der bayrischen Wahlen.

* **München.** Im Deutschen Theater trat auf Veranlassung des Landesvollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Bayerns eine Reihe von Mitgliedern dieser Räte zusammen, um über die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zu beraten. Kurt Eisner scheint sich Mühe zu geben, um den Zwist zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten in Bayern und in dem ganzen Reiche beizulegen. Er bezeichnete die Landtagswahlergebnisse als außerordentlich günstig für die Sozialdemokratie. Es habe sich gezeigt, daß trotz des Frauenstimmrechts die Macht des Zentrums in einem klerikalen Lande gebrochen sei; auch der Liberalismus sei zusammengebrochen. Die Fortführung der Revolution sei gesichert. Weiter erklärte er, daß es entweder ein sozialistisches oder ein bürgerliches Ministerium in Bayern geben müßte. Er lehne es ab, mit den Klerikalen oder den Bürgern zusammen in der Regierung zu sitzen. Eine ausdrückliche Absage erteilte Eisner dem Spartakus. Schließlich bezeichnete er auf einen Zuruf hin eine Regierung Roske für ebenso gefährlich wie eine bolschewistische Regierung.

X **München.** Die einstweiligen Wahlergebnisse liegen nunmehr aus sämtlichen 191 rechtsrheinischen Distriktverwaltungen vor. Nach unverbindlicher Berechnung ergibt sich für die einzelnen Parteien für das rechtsrheinische Bayern die folgende Zahl von Sitzen im Landtage:

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 52+6 Landesabgeordnete gleich 58, Sozialdemokratische Partei 46+5 Landesabgeordnete gleich 51, Deutsche Volkspartei 20+3 Landes-